

Enquetekommission „Norddeutsche Kooperation“

Beitrag von Herrn Detlef Palm, Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

zu der Frage:

„Welche Energie, umwelt- und klimapolitischen Kooperationswege sollen beschriftet werden?“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Der VKU, Verband kommunaler Unternehmen, ist der Wirtschafts- und Interessenverband der kommunalen Unternehmen, also der mehrheitlich oder oftmals vollständig in städtischer oder gemeindlicher Hand befindlichen Ver- und Entsorgungsbetriebe im Wesentlichen mit den Sparten Strom, Gas, Wasser, gelegentlich auch mit Sparten wie Nahverkehr (ÖPNV), Schwimmbad, Kultur, Abfallwirtschaft u. a.

In Schleswig-Holstein gibt es ca. 40 Stadt- und Gemeindewerke, angefangen bei den großen vier Städten Kiel, Lübeck, Flensburg, Neumünster über fast alle mittleren Städte, sowie viele kleinere; zehn Unternehmen tragen sogar das Wort Gemeindewerk in ihrem Namen.

Nach einer früheren Phase der Privatisierung und Konzentration befinden wir uns derzeit in einer Phase der umfangreichen Rekommunalisierung. Stadtwerke sind wieder stark gefragt; man könnte sagen: sie sind wieder im Trend. Wir verzeichnen Neugründungen (z. B. in Brunsbüttel, in Heiligenhafen, in Uetersen). Vor allem aber verlassen immer mehr Kommunen den Regionalversorger E.ON Hanse und schließen sich nächstgelegenen Stadtwerken an, so z. B. rund um Ratzeburg, Mölln und Bad Oldesloe: den Vereinigten Stadtwerken, rund um Pinneberg und Elmshorn, rund um Itzehoe, rund um Reinbek und Ahrensburg, usw. – eine landesweit zu beobachtende Entwicklung, aus unserer Sicht sehr positiv und unterstützenswert und aus vielen guten Gründen erfolgend, die heute aber nicht unser Thema sind.

Ich erwähne diese breite Bewegung der Kommunalisierung eingangs nur deshalb so ausführlich, um zu verdeutlichen, dass die nun schon zum 2. Mal beschlossene Energiewende hin zu dezentralen Strukturen und zu erneuerbaren Energien ohne die Stadtwerke schwerlich machbar sein wird, und dass diese beim wichtigen Thema Netzausbau, insbesondere auf der Ebene der sogenannten Verteilnetze, ein interessanter und auch interessierter Player sein werden!

Was nun das Thema Norddeutsche Kooperation auf dem Sektor Energiepolitik betrifft, so gibt es hier eine ganze Reihe von Möglichkeiten und auch beschrifteten Wegen, die aber vertieft werden können und müssen.

Für die länderübergreifende Kooperation möchte ich die drei Stichworte benennen:

1. Erfahrungsaustausch
2. Kooperation
3. Gemeinsame Einrichtungen und Projekte

Zu 1. Erfahrungsaustausch:

Für eine erfolgreiche Energiewende wird es erforderlich sein, dass Verwaltungen, Politik, Verbände und Wirtschaft viel mehr miteinander reden, sich austauschen und abstimmen, als dies bisher der Fall ist. Beispiel: in Neustrelitz entsteht mit namhafter Unterstützung Mecklenburg-Vorpommerns ein neues Landeszentrum für Erneuerbare Energien, in dem Projekte vorgestellt und die Vernetzung mit Wirtschaft und Handwerk mit Hochschulen und Schulen initiiert werden soll. Bei der sehr gut besuchten Grundsteinlegung vor wenigen Wochen habe ich aus Schleswig-Holstein niemanden gesehen, bei der Eröffnung im Herbst muss das anders werden!

Umgekehrt bei einer Windmesse in Husum oder Energieveranstaltungen in Rendsburg habe ich aus Mecklenburg-Vorpommern niemanden und auch aus Niedersachsen kaum jemanden gesehen.

Wenn Länder in puncto Energie programmatisch ähnlich ausgerichtet sind und z. B. auf Windenergie setzen, aber sich auch in Sachen Biogas, Geothermie, Fotovoltaik gegenseitig etwas zu erzählen haben, dann muss das mit dem Erfahrungsaustausch ganz anders werden, nämlich viel intensiver.

Im VKU haben wir eine gemeinsame Landesgruppe Nord (Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern) und tauschen in gemeinsamen Vorstandssitzungen und Fachveranstaltungen zu Elektromobilität, zu Breitbandversorgung, zu Biogas, zu Wasserrecht und und und Erfahrungen aus. Was die Kooperation der offiziellen Landesgewalten betrifft, so hat man manchmal den Eindruck, dass sich zwar die Minister und Staatssekretäre vielleicht noch von Ihren Fachministerkonferenzen kennen, aber auf Arbeitsebene sind die Kontakte dann schon seltener. Oder wann haben die Energiesprecher und Arbeitskreise der Fraktionen zuletzt ihre Kollegen aus Hannover oder Schwerin getroffen? Wann hat Ihr Wirtschaftsausschuss zuletzt zu Energiefragen mit dem in Mecklenburg oder Niedersachsen gemeinsam getagt? Oder: wie wird der noch in der Startphase befindliche Hamburger Senat beim Rückkauf der Netze und der Wiedegründung echter Hamburger Stadtwerke beraten, gerade angesichts eines aus unserer Sicht sehr unterstützenswerten, vergangene Woche angelaufenen Bürger- bzw. dort Volksbegehrens zum Thema „Netze in kommunale Hand“.

Zwischenfazit zu diesem Aspekt: beim Erfahrungs- und Informationsaustausch ist länderübergreifend noch vieles mehr möglich, und angesichts ähnlicher Strukturen sowie ähnlicher energiepolitischer Ziele der norddeutschen Länder empfehlen wir die Stärkung solcher Austausche und Kooperationen.

Zu 2. Länderübergreifende Kooperationen:

Ich hatte vorhin bereits erwähnt, dass Kooperationen in stark zunehmendem Maß innerhalb Schleswig-Holsteins zwischen Stadtwerken untereinander erfolgen (z. B. die Nordlandkooperation zwischen Lübeck, Kiel, Eckernförde, u. a.) und zwischen Stadtwerken und neuen kommunalen Partnern aus dem Umland. Diese Entwicklung dient der Vergrößerung von Netzstrukturen und somit der Effizienzsteigerung und verbesserten Wirtschaftlichkeit von kleinen und mittleren Unternehmen. Insofern ist auch das bisweilen zu hörende Märchen von der zunehmenden Zersplitterung der Netze in Schleswig-Holstein, das

gern Gegnern der Kommunalisierung verwendet wird, um davor „bange“ zu machen, eben tatsächlich ein Märchen.

Kooperationen über norddeutsche Ländergrenzen hinweg sind bisher eher selten, aber auch hierfür gibt es erste Beispiele zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Am weitesten ist man zwischen Lauenburg und Boizenburg: die früher eigenständigen Energieversorgungsunternehmen beider Städte gibt es nicht mehr, sondern gemeinsam führt man - über die Landesgrenze hinweg - seit einigen Jahren erfolgreich die „Versorgungsbetriebe Elbe“. Kontakte und Gespräche nach Mecklenburg-Vorpommern gibt es für eventuelle gemeinsame Energieprojekte auch z. B. seitens der Vereinigten Stadtwerke in Ratzeburg, seitens der Stadtwerke Lübeck, und umgekehrt seitens der Schweriner WEMAG, einer ehemaligen Vattenfall-Tochter, die kürzlich von einem Konsortium des mecklenburgischen Städte- und Gemeindetags übernommen wurde und nun 246 Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern gehört.

Das eben geschilderte Beispiel Lauenburg / Boizenburg, also die Versorgungsbetriebe Elbe, hat übrigens einen skurrilen Nebeneffekt: da das Unternehmen so recht nicht einem Bundesland und dessen Aufsichts- und Genehmigungsbehörden zuzuordnen ist, ist in Energiefragen hierfür dann gleich die Bundesnetzagentur zuständig.

Das wiederum fällt nun aber deshalb gar nicht so aus dem Rahmen, weil Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und auch Niedersachsen ohnehin derzeit die Aufgaben ihrer jeweiligen Landesregulierungsbehörden an den Bund abgegeben haben, übrigens gegen erhebliche Zahlungen, und damit komme ich zu meinem dritten Punkt:

Zu 3. Gemeinsame länderübergreifende Projekte und Einrichtungen:

Viele unserer Unternehmen beklagen und bedauern diese seit über 5 Jahren andauernde, sogenannte „Organleihe“ bei der Bundesnetzagentur in Sachen Regulierung. Die Gründe hierfür und auch eine Vielzahl von Argumenten, warum die Rückholung der Aufgabe hin zu einer Landesregulierung die bessere Lösung ist, haben wir dem Landtag im vergangenen Jahr umfassend schriftlich dargelegt. Die Materialien stellen wir auf Wunsch gern erneut zur Verfügung.

Warum spreche ich dieses Thema unter „Norddeutsche Kooperation“ an? Weil es sinnvoll und praktikabel wäre, über eine gemeinsame Landesbehörde, beispielsweise zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern nachzudenken, so wie wir auch auf anderen Feldern bereits gemeinsame Dienststellen haben. Eine solche Lösung rechnet sich; sie ist nicht nur wirtschaftlich, sondern unseren heimischen Unternehmen viel näher und verbundener als ein bisweilen etwas abgehoben agierender Riesenapparat in Bonn.

Niedersachsen erwägt den Schritt der Beendigung der Organleihe und Wiedereinrichtung der Landesregulierung sehr ernsthaft und wird ihn voraussichtlich vollziehen. Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern empfanden sich bisher als zu klein für eine jeweils eigene Landeslösung, daher unser Vorschlag für eine gemeinsame mindestens 2. Länder-Lösung. Mecklenburg-Vorpommern hat an einer solchen Konstruktion durchaus Interesse bekundet. Schleswig-Holstein hat bisher kein grünes Licht gegeben, weil die Landesregierung, das Wirtschaftsministerium sich scheut – mit nicht sehr guten Argumenten,

wie wir meinen. Wir würden uns freuen, wenn der Landtag dieses Thema unter dem Aspekt „Norddeutsche Kooperation“ erneut aufgreifen und positiv bewerten könnte.

Ein wesentliches Argument – und damit möchte ich schließen – ist seit der letzten Landtagsbefassung im vergangenen Jahr hinzugekommen: die Energiewende und der dringend erforderliche Netzausbauten zum Anschluss und zur Einspeisung aus regenerativen Quellen, wie wir es alle und zwar stark beschleunigt fordern.

Wenn wir unsere Unternehmen „fit“ machen wollen für die notwendigen, zukunftsfähigen Ausbauten, dann brauchen wir eine andere Praxis und „Denke“ in der Regulierung, und zwar am besten beim Land bzw. bei den norddeutschen Ländern.

Zum „großen“ Netzausbau, also zu Übertragungsnetztrassen, neuen Strom-Autobahnen, 380-KV-Leitungen, habe ich an dieser Stelle noch nichts ausgeführt, weil das nicht so sehr das Thema der kommunalen Stadtwerke, sondern anderer Player in der Energiewirtschaft ist. Auch für diese Planungen stehen wir jedoch konstruktiv und kooperativ zur Verfügung, wo immer ein Stadtwerk oder sein Netz mitbetroffen ist.

Als Verband haben wir kürzlich z. B. ein Gespräch mit der norwegischen Statnett geführt, die eine Nordsee-Stromleitung von Norwegen nach Brunsbüttel plant. Das dürfte energiestrategisch in puncto Speicherung von Windenergie und Abruf zu produktionsschwachen Zeiten eine hochinteressante Lösung sein, die uns evtl. sogar manche schwierige Trassendiskussion im verdichteten Hamburger Rand und mit Niedersachsen bezüglich Elbquerungstrassen ersparen könnte.

Meine Damen und Herren,

dennoch sollten wir auf jeden Fall eine gemeinsame norddeutsche Energiestrategie und –partnerschaft intensiv weiterverfolgen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!